

Gerald Kemski
-Bundesprecher PDS AG Betrieb & Gewerkschaft-
-ÖTV-VL-Sprecher- Hamburg

Beitrag für das Seminar der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ am 25.11.2000

AG 1 „Abschied vom Normalarbeitsverhältnis ?“

Es scheint auch in linken Zusammenhängen üblich zu sein, ziemlich wertfrei das „Ende des Normalarbeitsverhältnisses“ zu postulieren und davon zu sprechen, dass „nicht mehr die männliche ununterbrochene Erwerbstätigkeit von 45 Jahren prägend sei“.

Wenn es denn jemals so war, sei zumindest eine Vorbemerkung gestattet :
Auch heute noch ist der überwiegende Teil der Bevölkerung dieses Landes darauf angewiesen vom Verkauf seiner/Ihrer Arbeitskraft zu leben bzw. Wird als Arbeitslose/r eben daran gehindert diese Arbeitskraft zu verkaufen.

Zweite Vorbemerkung :

Dieser übergrosse Teil der Bevölkerung ist darauf angewiesen, diesen Verkauf der Ware Arbeitskraft regelmäßig d.h. ohne große Unterbrechungen und zu möglichst guten Konditionen zu realisieren.

Denn sonst ist nicht nur die aktuelle Lebensqualität sondern auch die Zukunft bedroht, sprich Altersarmut. Das Riestersche Rentenkonzept, dass einen grundlegenden Umbau der Sozialsysteme und eine Verkapitalisierung derselben einleiten soll ist ein treffendes Beispiel dafür. Das hier erneut die Frauen am stärksten betroffen sind kommt hinzu.

Das sei angemerkt, weil auch in linken Zusammenhängen nicht selten der Eindruck erweckt wird, die Welt würde aus Klein- und Mittelunternehmern bestehen, um die es sich vorrangig zu kümmern gelte.

Die wachsende Gruppe der Scheinselbstständigen, die besonders bei uns im Transportgewerbe wächst, würde ich zu den abhängig Beschäftigten zählen, die ebenfalls gewerkschaftlicher und politischer Unterstützung bedarf. Die Deutsche Post Gewerkschaft DPG ist ja erste Schritte in diese Richtung gegangen.

Da sind wir schon bei einem aus der betrieblichen Realität benannten Angriff auf das „Normalarbeitsverhältnis“.

Die Kapitalstrategie des Outsourcen, Ausgründen, Verkleinern von Betriebseinheiten führt letztlich zu Vereinzelung z.B. in Form von Scheinselbstständigen, die oftmals abhängiger und größerem Druck ausgesetzt sind als mancher Mensch mit einem Arbeitsvertrag.

Ein lokales Beispiel sind die Containertrucker im Hamburger Hafen. Die meisten von ihnen sind heute Scheinselbstständige. In der Regel waren sie vorher in

Speditionen und bei Fuhrunternehmen angestellt. Man hat ihnen dann den LKW verkauft auf dem sie gefahren sind, sie sind von ihrem ehemaligen Arbeitgeber meist als einzigem Auftraggeber abhängig. Dieser drückt dann die Preise für den Transport.

Wer aus diesem Kreis nicht 12-14 Fahrten am Tag (inkl. Abfertigung) macht kommt noch nicht mal auf den Schnitt um die laufenden Betriebskosten zu decken. Rücklagen für ein neues Fahrzeug und Sozialversicherung sind noch nicht dabei.

Die verkehrsmässig wirkungsvollste Demonstration im Hamburger Hafen der letzten Jahre ist nicht von Hafenarbeitern sondern von diesem Personenkreis ausgegangen. Nicht etwas um ihre soziale Situation zu verbessern sondern um vor dem genannten Hintergrund die Verkürzung der Abfertigungszeiten auf den Containerterminals zu erreichen.

Das dies kein auf den Hafen lokal beschränktes Problem ist, mag eine Klage des für den Nah- und Fernverkehr zuständigen ÖTV-Sekretärs belegen. Er beklagte vor einigen Tagen, dass es bald keine Tarifkommissionsmitglieder mehr habe, da diese inzwischen fast alle scheinselfständig geworden und damit zumindest im bisherigen Verständnis keine Arbeitnehmer mehr seien.

Aber auch wenn Leute nicht in die Scheinselbstständigkeit entlassen werden, sind die Rahmenbedingungen eines Normalarbeitsverhältnisses oftmals bedroht. Outsourcing, Ausgründungen innerhalb eines Konzern oder einer Unternehmensgruppe sind häufig verbunden mit dem Verlust erworbener Ansprüche oder dem Verlust von Schutz durch Betriebsräte.

Meist geht es dabei nicht so geregelt zu wie bei der Deutschen Lufthansa, wo es der ÖTV und den Betriebsräten gelungen ist in allen Betrieben den Standards zu halten und Betriebsräte und Vertrauensleutekörper zu installieren.

Eindrucksvoll ist das Beispiel der Daimler-Chrysler Tochter DEBIS, die innerhalb kurzer Zeit in diverse Betriebe in der Größe von 2 bis über 1500 zerlegt worden ist, wie es am letzten Wochenende auf der 7. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS in Kassel anschaulich geschildert wurde .

Was heute bereits im Transportgewerbe Praxis ist, wurde deutlich als der Gesamthafenbetrieb Hamburg (GHB) eine Tochterfirma mit dem Namen PHH gründete. Diese vermittelt Arbeitskräfte in hafennahe Dienstleistungen wie Distribution, Containerpacken, Kommissionierung. Diese Kollegen erhalten Löhne um die DM 18,- , sind in vollem Umfang sozialversichert, mit Urlaubsanspruch und Lohnfortzahlung. Bei Einstellungen wird immer wieder festgestellt, dass für eine erhebliche Zahl der Bewerber auch Löhne unter DM 10,- pro Stunde , ohne Urlaubsanspruch und andere Dinge durchaus üblich waren. Die „working poor“ sind nicht nur in den USA zu finden sondern auch im realen Kapitalismus hierzulande.

Wenn also jemand aus einem „normalen“ in ein „nicht mehr ganz normales“ und dann in ein prekäres Arbeitsverhältnis rutscht, so sind die individuellen Folgen aktuell und für die Zukunft absehbar.

Die Frage die sich stellt ist :

Welches Ausmass hat diese Entwicklung tatsächlich und wie kann eine soziale Gegenbewegung möglich werden ?

In betrieblichen Konflikten sehe ich nur punktuelle Möglichkeiten positiver Änderung. Wir werden nicht umhin kommen, stärker politisch alternative Forderungen abzusetzen.

Vor dem Hintergrund der Veränderung in den Arbeitsverhältnissen

- ist es da nicht sinnvoll, die Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse durchzusetzen (inkl. Scheinselbstständige, Freiberufler, Beamte, Abgeordnete) ?
- Ist es da nicht sinnvoll Melderegister für Betriebe ohne Betriebsräte einzuführen und das Nichtvorhandensein von Betriebsräten zu sanktionieren oder ähnlich wie beim PersVG Betriebsräte zur Pflicht zu machen ?
- Das Verbandsklagerecht der Gewerkschaften durchzusetzen ?

Mir ist klar , dass dies nur sehr unzureichend ist aber den Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse im real existierenden Kapitalismus erleichtern würde.

Eine Bewegung gegen die weitere Deregulierung der Arbeitsverhältnisse kann nur erfolgreich sein, wenn hier Gewerkschaften, politische Linke wie die PDS, Sozialverbände und Kirchen zusammenkommen.

Ich hoffe , dies reicht als Impulsreferat um die Diskussion in dieser AG zu befördern.